

leur future rente. Mais ce n'est pas seulement le revenu différé, donc la rente, qui est réduite. Au cas où le travailleur ou la travailleuse se trouve dans une situation de chômage, la rente influe d'ailleurs, en la réduisant, sur le calcul du droit à l'indemnité de chômage. Donc, pour résumer, la pratique actuelle est en contradiction nette avec la position et les intérêts individuels du travailleur et de la travailleuse.

La pratique actuelle est également en contradiction avec les efforts qu'on est en train de déployer pour valoriser la position et l'apport des travailleurs plus âgés en les incitant à rester sur le marché du travail. Si l'on désire inverser la tendance à la diminution de cette catégorie de travailleurs – tendance qui s'est beaucoup affirmée, surtout dans les années 1990 –, on ne peut certainement pas laisser subsister dans la législation des dispositions allant dans une direction opposée.

Il s'agit donc de corriger la législation et de contribuer ainsi à renforcer une stratégie élargie et diversifiée de revalorisation des travailleurs et des travailleuses plus âgés.

Le groupe PDC/PEV/PVL vous invite donc à soutenir cette modification de la loi sur le libre passage.

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Le groupe PBD, le groupe libéral-radical et le groupe UDC soutiennent le projet.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral soutient le projet issu de cette initiative parlementaire.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
Loi fédérale sur le libre passage dans la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II
Antrag der Kommission: BB

Titre et préambule, ch. I, II
Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 07.436/2036)
Für Annahme des Entwurfes ... 153 Stimmen
Dagegen ... 1 Stimme*

08.3449

**Motion WBK-NR.
Familienergänzende
Kinderbetreuung.
Anschubfinanzierung
Motion CSEC-CN.
Accueil extrafamilial
pour enfants.
Incitation financière**

Einreichungsdatum 21.08.08

Date de dépôt 21.08.08

Nationalrat/Conseil national 19.03.09

*Antrag der Mehrheit
Annahme der Motion*

*Antrag der Minderheit
(Füglistaller, Kunz, Maurer, Müri, Schenk Simon)
Ablehnung der Motion*

*Proposition de la majorité
Adopter la motion*

*Proposition de la minorité
(Füglistaller, Kunz, Maurer, Müri, Schenk Simon)
Rejeter la motion*

Galladé Chantal (S, ZH), für die Kommission: In der Herbstsession 2005 reichten fünf Parlamentarierinnen aus verschiedenen Fraktionen fünf parlamentarische Initiativen ein. Das Ziel bzw. die Stossrichtung war bei allen dieselbe. Die fünf parlamentarischen Initiativen bezweckten eine Verbesserung des Angebotes an Tagesstrukturen für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung. Hierzu sei – so die übereinstimmende Forderung der fünf Initiativen – Artikel 62 der Bundesverfassung um eine Bestimmung zu ergänzen, die dem Bund die Kompetenz gibt, im Bereich des familien- und schulergänzenden Angebotes tätig zu werden.

Gegenwärtig gilt auf diesem Gebiet grundsätzlich die kantonale Kompetenz. Gemäss dem Anliegen der Initiativen soll daran nichts geändert werden. Dem Bund soll lediglich eine subsidiäre Zuständigkeit zur Unterstützung der Bemühungen der Kantone und Gemeinden zur Schaffung von familien- und schulergänzenden Tagesstrukturangeboten zuerkannt werden. Damit sollen die bestehenden Betreuungsdefizite aufgefangen werden, und zudem soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, die nach wie vor, besonders für erwerbstätige Frauen, nur teilweise gegeben ist.

Ein Grundanliegen der Initiativen stellt zugleich die Chancengerechtigkeit dar, zeigt sich doch in zunehmendem Mass die zentrale sozial- und bildungspolitische Bedeutung, welche der ausserschulischen Betreuung zum Beispiel auf der Ebene Aufgabenhilfe, aber auch bei gewissen Angeboten der Frühförderung zukommt. Gemeinsam ist allen Initiativen, dass sie ein bedarfsgerecht ausgestaltetes Angebot anstreben, wodurch Unterschiede zwischen Regionen bzw. zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowohl entsprechend der jeweils feststellbaren Nachfrage nach Betreuungsplätzen als auch mit Blick auf die nachgefragte Art der Angebote explizit ermöglicht werden.

Die fünf Initiativen wurden der WBK zugewiesen, weil dem Anliegen der Initiantinnen, die entsprechende Regelung im Bereich der Verfassungsartikel zur Bildung und nicht etwa im Bereich jener zur Sozialpolitik einzuordnen, primäres Gewicht beigemessen wurde. Die WBK-NR hat die Initiativen am 24. Februar 2006 vorgeprüft und ihnen mit 20 zu 5 Stimmen Folge gegeben. Die Kommission des Ständerates hat am 26. Juni 2006 den fünf Initiativen mit 10 zu 0 Stimmen

ebenfalls Folge gegeben und damit die WBK des Nationalrates beauftragt, zuhanden des Rates eine Vorlage auszuarbeiten.

Für die Mehrheit beider Kommissionen erwies sich der Handlungsbedarf im Bereich des Angebots von ausserschulischen Tagesstrukturen als unbestritten. Daraufhin bildete die WBK des Nationalrates eine Subkommission, welcher ich als Präsidentin vorstand. Die Subkommission arbeitete eng mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) zusammen. Sie tagte zwischen dem Frühjahr 2007 und dem Frühjahr 2008 sechsmal und führte verschiedene Anhörungen durch, studierte Literatur und führte Erhebungen bei den Kantonen durch. Gemäss ihrem Mandat widmete sich die Subkommission sowohl der Erhebung des Ist-Zustandes als auch der konkreten Ausarbeitung einer Verfassungsbestimmung bzw. der Frage, ob und an welcher Stelle eine entsprechende Bundeskompetenz in der Verfassung festzuschreiben ist.

Zwischen der Einreichung der Initiativen und dem Entscheid der Kommission, deren Abschreibung zu beantragen, hat eine bedeutende Entwicklung auf der Ebene der Kantone stattgefunden. So schreibt die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmos) ein Grundangebot ab dem vierten Lebensjahr vor. Die Subkommission hat in umfassenden Anhörungen Meinungen und Fakten zusammengetragen und dabei festgestellt, dass so viele Systeme vorhanden sind, wie es Kantone gibt. Es war unmöglich, vergleichbare Daten aus den Kantonen zu erhalten, um aus diesen Schlüsse über den reellen Bedarf und die effektiv vorhandenen Angebote zu ziehen. Parallel zu den Arbeiten in der Subkommission wurde in den Kantonen das Harmos-Konkordat verabschiedet, dessen Grundsatz im Bereich der Tagesstrukturen die Anliegen der Initiantinnen zu einem grossen Teil abdeckt.

Die Kommission verzichtet deshalb darauf, den Weg über die Verfassungsänderung weiter zu beschreiten. Hingegen leitete sie zwei Massnahmen ein, weil der Bedarf an Betreuungsplätzen für die Mehrheit der Kommission unbestritten war. Der Vorschulbereich, also das Alter von null bis vier Jahren, wird ja durch Harmos nicht geregelt, und das war das Problem. Für diesen Bereich hat die Kommission mit 14 zu 7 Stimmen einem Antrag zugestimmt, wonach die Kommission die SODK einlädt, die Ausarbeitung eines Konkordates betreffend Tagesstrukturen für Kinder im Vorschulalter sowie die Modalitäten der Umsetzung eines solchen Übereinkommens zu prüfen. Die SODK führt dazu momentan eine Vernehmlassung in den Kantonen durch.

Um mittelfristig die Schaffung weiterer Betreuungsplätze zu unterstützen und zu sichern, reichte die Kommission ausserdem eine Motion ein, die den Bundesrat damit beauftragt, die Geltungsdauer des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, das bis Ende Januar 2011 befristet ist, zu verlängern und einen Finanzierungsbeschluss für die folgenden vier Jahre vorzulegen. Für die Kantone und Gemeinden ist die Garantie der Weiterführung dieser Finanzhilfen und damit die Zuverlässigkeit des Bundes von zentraler Bedeutung. Diese Kommissionsmotion wurde in der WBK-NR mit 14 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung unterstützt. Beide Massnahmen unterstützen aus der Sicht der Kommission die Umsetzung des Kernanliegens der parlamentarischen Initiativen. Sie erlauben die Zielerreichung, ohne die laufende Entwicklung durch eine Volksabstimmung zu belasten. Eine Minderheit bekämpft die Kommissionsmotion. Herr Füglistaller wird, wenn ich richtig informiert bin, diese Position dann noch begründen.

Im Namen der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie, die Kommissionsmotion zu unterstützen. Die Kommissionsmehrheit empfiehlt eine Abschreibung der parlamentarischen Initiativen und parallel dazu die Annahme der Kommissionsmotion. Allen, die bei dieser Arbeit mitgewirkt haben, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken.

Perrinjaquet Sylvie (RL, NE), pour la commission: Les travaux de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture traitant de la question de l'accueil extrafamilial pour enfants se sont étendus sur deux législatures, soit sur une période relativement longue. Ils ont dû également s'adapter au changement de contexte. En effet, la situation n'était pas la même au moment du dépôt des cinq initiatives parlementaires en 2005 que celle qui prévaut aujourd'hui. La finalisation du concordat Harmos constitue évidemment une évolution importante qui a accompagné les travaux puis a tout naturellement considérablement influencé le regard des commissaires sur cette question.

Pour mémoire, le concordat Harmos a été formellement adopté par neuf cantons, se trouve en suspens dans trois cantons et a été refusé par quatre autres. Cet exemple de l'attachement à l'exercice de la souveraineté cantonale revêtira toute son importance tout à l'heure, au moment du vote sur la motion 08.3449 de la CSEC qui, en vous proposant de proroger de quatre années supplémentaires le programme d'incitation financière à l'accueil extrafamilial pour enfants, vous invite par la même occasion à ne pas faire fi des prérogatives cantonales en la matière.

A l'exception d'une minorité UDC, qui plaide pour un renforcement du rôle familial et dénonce des inégalités entre les familles qui remplissent ce rôle de façon autonome et celles qui s'en remettraient aux structures soutenues par l'Etat, les membres de la commission partagent l'avis qu'il est nécessaire d'agir dans le domaine des structures d'accueil de jour. Une majorité estime – et c'est important de bien le garder à l'esprit – que le rôle de la Confédération ne peut être que subsidiaire, avec pour but de donner un élan à l'objectif visé. La sous-commission qui a conduit les travaux relatifs aux initiatives parlementaires a effectué nombre d'auditions auprès de partenaires sociaux, de prestataires actifs dans le domaine, mais aussi au niveau institutionnel – en particulier auprès de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales et de la Conférence intercantonale de l'instruction publique, pour ne citer que l'essentiel. Une enquête ainsi qu'un travail coordonné auprès des cantons et en collaboration avec eux a permis de mettre à jour tout ce qui était déjà couvert par le biais du concordat Harmos – alors dans sa phase finale de consultation –, en particulier à l'article 11 alinéa 2 dudit concordat, qui traite de l'offre de structures de jour en dehors du temps d'enseignement.

Donc, pour la commission, il convient en tout premier lieu de souligner ici que l'objectif commun des auteurs des cinq initiatives est largement couvert par Harmos, précisément pour les enfants en âge de scolarité. Eu égard à cette couverture, la sous-commission a concentré ses réflexions sur les enfants de zéro à quatre ans ou, dit aussi, sur l'accueil de la petite enfance. En outre, le caractère trop hétérogène des données par canton n'a pas permis de déterminer de façon satisfaisante l'offre et le besoin en matière d'accueil de la petite enfance, ce qui peut être perçu comme un indice révélateur d'une tâche cantonale et communale.

Finalement, une expertise juridique a conclu que, si l'intention était d'obliger, voire de fortement inciter les cantons à agir dans le sens des initiatives parlementaires, il était nécessaire de modifier la Constitution. Par contre, l'article visé ne serait pas l'article 62, comme le demandent les auteurs des initiatives, mais l'article 116.

Or, et c'est là le point essentiel, telle n'est précisément pas l'intention de la très grande majorité de la commission qui estime que le principe de proximité et la souveraineté des cantons en la matière ne doivent pas être blessés. Au surplus, et suite à l'expertise juridique, les divergences quant à l'emplacement d'une telle disposition dans notre Constitution, sont très, voire trop grandes.

C'est donc par 14 voix contre 7 que la commission vous recommande de classer les cinq initiatives parlementaires 05.429, 05.430, 05.431, 05.432 et 05.440.

La minorité, qui souhaitait que l'on poursuive les travaux dans le but d'une inscription à l'article 62 de la Constitution,

a renoncé à persévérer, consciente que les obstacles étaient objectivement et politiquement trop importants.

Cependant, au vu de la réalité du besoin reconnu par la grande majorité de ses membres, la commission ne souhaitait pas classer ce dossier sans lui donner une suite. C'est pourquoi, à une forte majorité, elle a décidé d'agir sur deux axes. Tout d'abord, par 14 voix contre 7, la commission a adopté une proposition invitant les cantons à élaborer un concordat en vue d'harmoniser la politique et la pratique en matière de structures d'accueil. Ensuite, par 14 voix contre 5 et 1 abstention, elle vous propose, par le biais de la présente motion, la prolongation du programme d'impulsion au-delà de 2011. La majorité de la commission vous recommande d'adopter la motion 08.3449 qui invite le Conseil fédéral à soumettre au Parlement d'ici à fin 2009 une révision de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extrafamilial incluant une prorogation pour quatre années supplémentaires. De l'avis de la commission, ces deux mesures permettent tout d'abord de soutenir l'objectif des cinq auteurs des initiatives parlementaires et d'éviter une périlleuse votation populaire. J'ajouterai que ces deux propositions conjointes permettent en plus de rappeler la souveraineté des cantons et de leur donner du temps pour honorer l'invitation qui leur est faite de s'accorder sur une possible harmonisation par le biais d'un concordat.

Les cantons, par la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales, ont déclaré entrer en matière sur ces propositions et souhaitent les étudier d'ici cet été – une séance est d'ailleurs déjà agendée dans le courant du mois de juin. Comme ces éléments l'indiquent, les chances sont donc bonnes de trouver une manière harmonieuse de faire avancer ce dossier, en collaboration avec les cantons et en tenant compte, autant que faire se peut, du besoin de proximité des intervenants dans ce domaine.

Ne gâchons pas cette possibilité de trouver des solutions pragmatiques et respectueuses, du point de vue institutionnel, du principe de subsidiarité.

La majorité de la commission vous invite à soutenir sa proposition.

Füglistaller Lieni (V, AG): Danke, dass die Vorstellungen der Minderheit doch noch auf einer Fahne Platz gefunden haben und ich damit zu dieser Kommissionsmotion Stellung nehmen darf. Ich tue dies trotz der eigenartigen und befremdlichen Aktion der Kommission für Kinder- und Jugendfragen, welche offenbar unter der Schirmherrschaft des EDI mit diesem Zettel für Annahme wirbt. Das ist keine Information, das ist, mit Verlaub, interventionistische Staatspropaganda.

Namens der Minderheit beantrage ich Ihnen, unterstützt von der SVP-Fraktion, diese Motion abzulehnen. Ich gebe Ihnen drei Gründe dafür:

1. Es erstaunt schon einigermaßen, dass der Bundesrat diese Motion zur Annahme beantragt. Es handelt sich hier um eine Anschubfinanzierung, ein Impulsprogramm. Der Bundesrat führt aus, dies sei ein effizientes Modell zur Schaffung und Förderung von Betreuungsplätzen; bisher habe die Schaffung von 23 000 Plätzen unterstützt werden können. Ebenso hält er fest, dass die Nachfrage bedeutend grösser sei als das Angebot.

Demgegenüber erklärte Bundespräsident Merz in der Finanzkommission und in der Debatte zum Stabilisierungsprogramm von letzter Woche im Zusammenhang mit Erhöhungsanträgen in diesem Bereich, dass die Entwicklung nicht ganz so verlaufen sei, wie es vorgesehen gewesen wäre. Im Parlament wurden bisher zwei Verpflichtungskredite von 320 Millionen Franken gesprochen. Bis jetzt seien 127 Millionen Franken für die Schaffung von 21 000 Betreuungsplätzen in Anspruch genommen, aber lediglich 84 Millionen Franken ausbezahlt worden. Weiter sagte er, die Nachfrage könne vom Bund nicht beeinflusst werden, sie müsse privat entstehen.

Im Bilanzbericht des BSV per Ende Februar 2009 werden nochmals andere Zahlen genannt. Da wird von 24 000 neuen Betreuungsplätzen und von der Auszahlung von

58,7 Millionen Franken für abgeschlossene Projekte gesprochen.

Sei es, wie es wolle: Nach sechs Jahren und rund 1200 bewilligten Gesuchen stehen für die nächsten beiden Jahre im schlechtesten Fall immer noch rund 60 Prozent des Verpflichtungskredits zur Verfügung. Da scheint es nicht angezeigt, bereits heute mittels einer Motion eine Verlängerung bis ins Jahr 2011 zu verlangen. Das BSV bestätigt ausserdem, dass auch der zweite Kredit von 120 Millionen Franken nicht ausgeschöpft werde, weshalb man nun entsprechende Pilotprojekte, beispielsweise Finanzhilfen für die Einführung von Betreuungsgutscheinen, unterstützen könne.

2. Mit einer Annahme der Motion werden ab 2011 wiederum finanzielle Mittel gebunden. Damit schränkt das Parlament bereits heute seinen Spielraum beim Budget ein. Auch wenn es sich nur um einen tiefen dreistelligen Millionenbetrag handeln dürfte, ist ein solcher Auftrag in der heutigen Zeit doch falsch. Wir können auch deshalb nicht verstehen, dass der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wir haben jedenfalls im Finanzplan keine weiteren Mittel für solche Zwecke eingestellt. Der Bundesrat hat auch versprochen, nun die Aufgabenüberprüfung und ein entsprechendes Abbauprogramm an die Hand zu nehmen. Was gilt denn jetzt? Ich brauche Sie wohl kaum daran zu erinnern, dass sich im Jahr 2011 die Finanzlage des Bundes nicht mehr so rosig präsentieren wird. Wollen Sie bereits jetzt Aufgaben in Auftrag geben, ohne zu wissen, ob im Jahr 2011 und in den folgenden Jahren das dafür nötige Geld überhaupt vorhanden ist? Wollen Sie bereits heute die Verwendung weiterer Gelder beschliessen, ohne den Evaluationsbericht bezüglich Wirksamkeit und Nachhaltigkeit, den das Bundesamt für Sozialversicherung in Auftrag gegeben hat und der auf Ende Mai 2009 in Aussicht gestellt worden ist? Das scheint mir nicht sehr seriös, aber es entspricht wohl dem Zeitgeist.

3. Der Bundesrat spricht im Bereich der Familienentlastung von einem anderen Konzept, welches er im Rahmen des Stabilisierungsprogramms bringen möchte: Da sollen in einer Steuervorlage ein Kinderabzug, der die Kinderkosten berücksichtigt, sowie ein Kinderbetreuungsabzug, der die Kosten für die Kinderbetreuung berücksichtigt, geschaffen werden. Bildungs-, Erziehungs-, Familienpolitik, das ist am besten in den Kantonen anzusiedeln. Im Bereich dieser Betreuungsangebote haben die Kantone und Private sehr viel unternommen, sodass der Bund nach Ablauf dieser zweiten Periode eigentlich von dieser Aufgabe entlastet werden kann.

Aus den dargelegten Gründen bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen. Wenn alle Stricke reissen, was ich für ausgeschlossen halte, haben Sie immer noch die Möglichkeit, zu gegebener Zeit, beispielsweise in der Budgetdebatte, einen anderen Entscheid zu fällen, welcher dann wohl eher den Fakten und Tatsachen entspricht.

Steiert Jean-François (S, FR): Sehr geehrter Herr Kollege Füglistaller, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir etwas erläutern könnten: Vertreten Sie hier die etwas ideologische Position desjenigen Teils der SVP, der findet, Kinderbetreuungsunterstützung sei grundsätzlich etwas Falsches? Oder vertreten Sie die etwas pragmatischere Position all jener inzwischen recht zahlreichen SVP-Regierungsräte in verschiedenen Kantonen, die als Verantwortliche ihrer Departemente – mit der EDK, mit der SODK zusammen – gesagt haben, dass für die finanziellen Bemühungen der Kantone und der Gemeinden um zusätzliche Betreuungsplätze eine langfristige Zusicherung seitens des Bundes notwendig sei, damit das Vertrauen der Kantone gegenüber dem Bund in finanzieller Hinsicht gesichert ist? Ich habe vor mir eine SVP, die mit zwei Stimmen spricht, und ich wäre froh zu wissen, welche jetzt gültig ist.

Füglistaller Lieni (V, AG): Nein, nein, wir reden nur mit einer Stimme, Kollege Steiert. Es ist eben so, dass man auch Familien-, Bildungs- und Erziehungspolitik letztendlich mit Finanzen machen will. Ich finde es daneben, zum jetzigen Zeitpunkt bereits Ausgaben zu beschliessen, Gelder, die

dann 2011 und in den folgenden Jahren ausgeschüttet werden sollen; dies, bevor wir die Ergebnisse der beiden weiteren Jahre, für die wir den Verpflichtungskredit ja gesprochen haben, kennen. Dessen Auswirkungen möchte ich kennen. Denn Sie wissen selber, Herr Steiert, dass in den letzten zwei, drei Jahren die Kantone, die Gemeinden und die Privaten ausserordentliche Anstrengungen unternommen haben, die wesentlich zum Erfolg beigetragen haben. Ich bin nicht sicher, ob das letztendlich Bundesaufgabe sein muss. Vielmehr denke ich, dass das eher die Aufgabe von Gemeinden, von Privaten und der Kantone ist.

Bänziger Marlies (G, ZH): Herr Füglistaller, Sie haben jetzt mehrfach die Kosten angesprochen, die im Finanzplan noch nicht berücksichtigt sind und die durch diese Motion verursacht werden. Gestern haben Sie zusammen mit den bürgerlichen Parteien die Reform der Mehrwertsteuer in Teil A mit Steuergeschenken in der Höhe von etwa 150 bis 200 Millionen Franken angereichert. Ist es so, dass Sie im Bereich der Mehrwertsteuerreform einfach bereit sind, diese Kosten, die im Finanzplan auch noch nicht berücksichtigt sind, auf sich zu nehmen, und dass Sie lieber bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung sparen?

Füglistaller Lieni (V, AG): Ich habe eigentlich diese Frage schon vorhin beantwortet. Das Konzept stimmt einfach nicht. Ich habe ausgeführt, dass ich nicht will, dass wir uns jetzt schon auf eine weitere, eine dritte Etappe festlegen. Ich finde, Familienpolitik hat auch sehr viel mit Eigenverantwortung zu tun. Für diejenigen Personen, denen es nicht unbedingt möglich ist, da auch finanziell die Verantwortung zu übernehmen, haben wir auf Gemeindeebene, auf Kantonebene und auch auf privater Ebene – die Arbeitgebenden haben sehr viel dazu beigetragen – genügend Mittel.

Aubert Josiane (S, VD): Dans les études de l'OCDE au sujet des structures d'accueil pour les enfants, la Suisse est très mal située. L'Autriche, par exemple, compte, proportionnellement à la population, trois fois plus de places d'accueil pour les enfants; le Danemark, dix fois plus. Vous dites que le soutien devrait être accordé par les cantons et les communes et que celles-ci font déjà des efforts. Est-ce que c'est en fait en combattant le concordat Harnos que vous pensez encourager les communes et les cantons pour permettre à la Suisse de se hisser au même niveau que les pays de l'OCDE?

Füglistaller Lieni (V, AG): Ich glaube, liebe Frau Kollegin, dass Sie etwas verwechseln. Wenn wir Harnos bekämpfen, hat das wesentlich andere Gründe, die nicht mit dieser Problematik der Familienpolitik zusammenhängen.

Ich bin überzeugt, dass wir unser Niveau durchaus steigern könnten. Das hat aber letztendlich wenig mit Betreuungsplätzen zu tun. Denn da ist, denke ich, in den letzten Jahren, vor allem in den letzten beiden Jahren, sehr viel gegangen, sowohl auf Gemeindeebene als auch auf Kantonebene. Sie können die Schulgesetze einiger Kantone anschauen; da wird das bereits umgesetzt. Ich glaube, dass wir den Bund von dieser Aufgabe, im Wesentlichen von der Finanzierungsaufgabe entlasten können. Die Leute, die Menschen vor Ort – in der Gemeinde ist das am besten angesiedelt – wissen doch am besten, welche Bedürfnisse in der Gemeinde vorhanden sind, wenn es darum geht, die Kinder richtig zu betreuen.

Mir scheint natürlich wesentlich: Ich möchte keine Benachteiligung der traditionellen Familien, die bereit sind, zu verzichten und die Kinder im eigenen Haushalt zu betreuen, mit der entsprechend nötigen Verantwortung.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: La loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extrafamilial pour enfants a une durée d'existence limitée, le Parlement l'a ainsi décidé. Cette existence se terminera en principe le 31 janvier 2011. Nous considérons qu'il n'est pas nécessaire d'attendre la fin du

programme pour juger de son efficacité. On peut déjà, en cours de route, voir ce qui a été réalisé.

Ce qui a été réalisé se laisse voir, comme on dit, puisque depuis le mois de février 2003 – qui est le début du programme –, on juge qu'environ 24 000 nouvelles places d'accueil ont pu être créées grâce aussi – mais pas seulement – au soutien de la Confédération. Cela correspond environ à 50 pour cent d'augmentation de l'offre d'accueil estimée. Jusqu'à la fin du programme, on espère atteindre 33 000 nouvelles places.

L'évolution est donc positive, elle doit être soutenue parce que l'offre demeure insuffisante. On le voit bien lorsque l'on interroge les jeunes parents dans les communes et les cantons. Même si certaines communes et certains cantons reconnaissent que l'offre est insuffisante, ils ne font pas assez pour réaliser quelque chose qui réponde à ces besoins.

La Confédération a de toute évidence intérêt à ce qu'une réponse adéquate soit donnée parce que, notamment, les crèches permettent de mieux concilier vie familiale et vie professionnelle et permettent ainsi aux parents d'exercer une activité. Il reste donc nécessaire d'intervenir dans le domaine de l'accueil extrafamilial pour enfants.

Pensons cependant que le nouveau programme devrait être limité dans le temps et qu'il n'est pas juste, en fonction des règles du fédéralisme ainsi que pour des raisons financières, de prendre une décision de soutien illimité à l'offre de crèches, mais il y a des moments où il faut une impulsion.

On vit actuellement une période de crise. Elle ne s'est pas encore manifestée de manière violente dans notre pays, mais les gens ont peur. On entend de tous les côtés des voix qui s'élèvent pour demander des interventions, multiplier les investissements fédéraux. C'est souvent des sommes extrêmement importantes qui sont réclamées, sans parler des personnes qui voudraient augmenter les dépenses, notamment – et ce sera l'objet d'un débat – pour améliorer la situation de l'armée.

On a ici, avec des moyens relativement modestes, la possibilité d'atteindre un objectif durable, qui fera que lorsque la crise sera passée – et elle passera dans quelques mois ou peut-être dans une année ou deux –, l'économie suisse, la population suisse, la société suisse seront mieux armées, dans le bon sens du terme, pour faire face à l'évolution des prochaines décennies.

Finalement, assurer une relève démographique est quelque chose d'essentiel pour le pays, et ce programme y contribue.

Miesch Christian (V, BL): Herr Bundesrat, es ist bereits von Kollege Füglistaller angesprochen worden: Es ist üblich und auch unumstritten, dass uns private Organisationen ihre Meinung kundtun und für eine Vorlage lobbyieren. Wenn aber Informationen privater Organisationen und Vereine auf Kosten des Bundes – und hier habe ich einen weiteren solchen Flyer – zugestellt werden, dann ist das unstatthaft und übertrieben. Sind Sie bereit, in Zukunft solche Aktionen zu unterbinden?

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Monsieur Miesch, j'ai en effet pris connaissance de cette lettre qui a été signée par la Commission fédérale de coordination pour les questions familiales et cosignée par toute une série d'organisations.

Depuis quelques années, il y a une volonté de simplifier – j'allais dire de compliquer, mais on appelle ça simplifier! – le «brand», la présentation de la Confédération, et tout doit être fait avec du papier à lettres qui porte le même en-tête, etc. Or le secrétariat de cette commission est au DFI, plus précisément à l'OFAS, et il utilise notre papier à lettres. Et à la fin, cela donne l'impression que c'est nous qui nous écrivons, puisque c'est fait sur le papier du DFI et adressé aux parlementaires et à l'administration. On a ainsi le sentiment que nous nous adressons à nous-mêmes, ce qui est de l'autisme – c'est malheureux quand cela arrive, et ce n'est pas bon dans la politique. Je crois donc qu'il faut qu'on rediscute ce problème et qu'on cherche à éviter de tels incidents.

Sur ce point-là, je vous donne raison. Il faut en effet éviter qu'on s'écrive à soi-même!

Füglister Lien (V, AG): Herr Bundesrat, Sie haben gesagt, der Nutzen und die Wirksamkeit dieser Anstossfinanzierung seien erwiesen und bekannt. Wieso hat das BSV dann einen Bericht zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit dieser Programme in Auftrag gegeben? Ist dieser Bericht, wenn Sie die Wirkung bereits abschätzen können, lediglich ein verwaltungsinternes Beschäftigungsprogramm?

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Je crois que la réponse est tout à fait simple: il y a à chaque étape de l'avancement du programme la nécessité de savoir exactement où l'on en est. Si l'on peut avoir une critique et un examen encore plus objectif du programme, c'est quelque chose de positif. Jusqu'à maintenant, on a la conviction que grâce à cette action – du moins en partie – plus de 20 000 places en crèche ont été créées. On verra si l'analyse scientifique préparée par l'office fédéral le confirme; cela permettra de juger du montant nécessaire dans le cadre des budgets des prochaines années pour que ce programme soit réalisé. A mon avis, c'est un appui dans la décision qui permet de réagir de manière rationnelle, comme ne manque pas de le faire Monsieur Bortoluzzi qui semble prêt à l'assaut.

Galladé Chantal (S, ZH), für die Kommission: Ich mache es kurz. Ich möchte nur noch etwas dazu sagen, weil jetzt von der Minderheit Finanzierung und Strukturen etwas vermischt wurden – Stichwort: Bundesaufgabe oder nicht Bundesaufgabe -: Es besteht ein gesellschaftlicher Konsens, und es bestand auch ein Konsens bei der Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, dass wir einen deutlichen Mangel an Betreuungsplätzen haben und dass hier etwas geschehen soll bzw. etwas getan werden muss. Es ist eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Bund soll auch seinen Beitrag leisten. Er kann sich hier nicht einfach rausnehmen. Er soll ein zuverlässiger Partner im Ganzen sein und den Kantonen weiterhin Impulse zur Schaffung von Betreuungsplätzen geben, nachdem er ja schon damit begonnen hat. Die Kantone müssen auch Planungssicherheit haben, sie können kein Stop-and-go gebrauchen. Für die Gewährleistung der Weiterführung dieser Projekte sollten wir also auch frühzeitig die Weichen stellen und die entsprechenden Signale aussenden.

Zu den Fragen zu den nichtausgeschöpften Geldern – darauf wurde mehrheitlich schon geantwortet -: Es ist so, dass auch solche Projekte immer eine gewisse Anlaufzeit brauchen. Es gab da ja auch strenge Auflagen, die erfüllt werden mussten, um überhaupt Bundesgelder beziehen zu können, und das war ja auch richtig so. Es fehlen aber immer noch Zehntausende von Betreuungsplätzen, auch das haben wir beim Studium der Materialien festgestellt. Wir wollen diesen Zustand nicht so belassen. Unabhängig davon, wie lange die bisherigen Gelder noch reichen, wissen wir, dass eine längerfristige Finanzierung dieser Projekte mit den Geldern, die wir bis jetzt gesprochen haben, nicht möglich ist. Es ist klar, dass Bedarf besteht. Wir wissen auch, dass die Schweiz punkto Frühförderung eher ein Schlusslicht bildet. Wir verwenden 0,2 Prozent des Bruttosozialproduktes dafür, das ist weit von 1 Prozent entfernt, wie es OECD empfiehlt. Ich bitte Sie deshalb, die Kommissionsmotion anzunehmen. Sie ist durchdacht, wir haben es uns nicht leicht gemacht. Die Minderheit führt zwar verschiedene Argumente dagegen an, das ist legitim, aber grundsätzlich geht es einfach um ein ganz anderes Familienbild. Noch etwas zur Finanzierung: Wir haben festgestellt – es gibt Studien dazu –, dass jeder in die Betreuung investierte Franken sich auch ökonomisch lohnt, weil er vierfach zurückkommt.

Perrinjaquet Sylvie (RL, NE), pour la commission: Nous tenons à rappeler que la volonté de la commission, ce n'est pas de contraindre, mais c'est de permettre aux cantons, en

collaboration avec les communes et avec l'effet subsidiaire de la Confédération, d'aller de l'avant dans ce dossier.

Si la commission a déposé la motion qui vous est soumise, c'est parce que ses membres ont le sentiment que si le Parlement n'acceptait pas ses buts, les engagements qui existent actuellement dans les cantons pourraient diminuer, voire être stoppés. Or, il y a eu et il y a un effort dans les cantons: un nombre important de places ont déjà été créées. Il s'agit pour les cantons et les communes de pouvoir le poursuivre. Mais ils pourront continuer s'ils ont l'assurance que l'impulsion financière qui a été mise en place jusqu'à aujourd'hui pourra perdurer dans les quatre prochaines années, car ce n'est pas à vous qu'il s'agit de rappeler que «qui commande paie». Les cantons, avec les communes, commandent et c'est à eux de financer soit par un partenariat privé, soit par un partenariat public, les places d'accueil qui peuvent être mises en place.

Comme l'a dit Monsieur le conseiller fédéral Couchepin, cela se fera en fonction des moyens que nous aurons à notre disposition dans les futurs budgets. Ces engagements doivent pouvoir être respectés; la volonté de financer doit pouvoir être maintenue par le Parlement.

C'est la raison pour laquelle nous vous demandons d'adopter la motion et surtout de ne pas mélanger la motion et le résultat des travaux relatifs à des déductions fiscales qui viendront à un autre moment et qui sont traitées par une autre commission.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 08.3449/2037)

Für Annahme der Motion ... 115 Stimmen

Dagegen ... 56 Stimmen

05.429

Parlamentarische Initiative Egerszegi-Obrist Christine. Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung

Initiative parlementaire Egerszegi-Obrist Christine. Structures d'accueil extrascolaire et extrafamilial

Abschreibung – Classement

Einreichungsdatum 21.09.05

Date de dépôt 21.09.05

Bericht WBK-NR 21.08.08 (BBI 2008 8639)

Rapport CSEC-CN 21.08.08 (FF 2008 7807)

Nationalrat/Conseil national 19.03.09 (Abschreibung – Classement)

05.430

Parlamentarische Initiative Genner Ruth. Bessere Chancen für Kinder und Familien

Initiative parlementaire Genner Ruth. Améliorer les chances des enfants et des familles

Abschreibung – Classement

Einreichungsdatum 21.09.05

Date de dépôt 21.09.05

Bericht WBK-NR 21.08.08 (BBI 2008 8639)

Rapport CSEC-CN 21.08.08 (FF 2008 7807)

Nationalrat/Conseil national 19.03.09 (Abschreibung – Classement)